

WISO

DIE RICHTUNG STIMMT NICHT

Ferdinand Lacina

**Konsulent der
Bank Austria**

Auszug aus WISO 2/2002

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@ak-ooe.at

Internet: www.isw-linz.at

*nur mehr ein
beherrschendes
Thema*

Die wirtschaftspolitische Diskussion in Österreich ist seit zwei Jahren nur mehr von einem Thema beherrscht: dem Nulldefizit. Gerechterweise muss man zugeben, dass die europäische Perspektive nicht viel weiter reicht, dort geht es darum, den richtigen Zeitpunkt für das Absenden „blauer Briefe“ an Mitgliedsstaaten der Union festzulegen. Das alles vor dem Hintergrund eines noch kaum überwundenen weltwirtschaftlichen Rückschlags, denn tatsächlich war es das erste Mal in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, dass die Vereinigten Staaten, Japan und Europa gleichzeitig von einer wirtschaftlichen Schwäche erfasst wurden.

*rasche und klare
Antwort der USA*

In den USA haben eine republikanische Regierung und die Federal Reserve eine rasche und klare Antwort auf rezessive Tendenzen gegeben. Steuererleichterungen, Erhöhung von Staatsausgaben und massive Zinssenkungen sollten den privaten Konsum und die Investitionen ankurbeln. Im Einzelnen mögen manche der Maßnahmen verteilungspolitisch diskutabel sein, insgesamt sind aber die Absicht wie auch die bisherige Wirkung beachtlich. Japan befindet sich nicht in einer bloßen Rezession, der Rückschlag hat das Ausmaß einer Deflationskrise erreicht, aus der das Land schwer herausfindet, große Teile des institutionellen Rahmens, vielleicht das gesamte System, scheinen in Frage gestellt.

blaue Briefe

Die europäische Union hat den Schritt zur gemeinsamen Währung hinter sich und die Aufnahme neuer, rasch wachsender Volkswirtschaften vor sich, die politische Spaltung des Kontinents scheint überwunden. Eigentlich wären dies keine Gründe für den vorherrschenden Pessimismus, ganz im Gegenteil. Die Wirtschaftsdebatte auf europäischer Ebene allerdings konzentriert sich darauf, wann blaue Briefe an Mitgliedsstaaten verschickt werden sollen und wer wie viel zahlt oder empfängt. Sogar im Machtspiel zwischen den Institutionen der Europäischen Union – der Kommission und den Gremien der Nationalstaaten – wird die Frage des blauen Briefs für Deutschland als für die Zukunft Europas entscheidend hingestellt. Und die österreichische Politik tut noch ein

Übriges. Mit unverhohlener Schadenfreude kritisiert man den nördlichen Nachbarn, ohne dessen wenig restriktive Budgetpolitik die Wachstumsverluste in Österreich noch größer werden. Aber anscheinend haben wir keine anderen als Haushaltssorgen. Die reichsten Gesellschaften der Welt scheinen nichts mehr zu fürchten als ein Ansteigen des Staatsanteils, vom „schlanken Staat“ ist die Rede, als ob die EU-Staaten als unterernährte Models über den Catwalk trippeln müssten. Maastricht prägt sich ins Gedächtnis der Bürger nicht als Name einer hübschen holländischen Stadt, sondern als ein Synonym für wirtschaftspolitischen Dogmatismus.

*Schadenfreude
gegenüber
Deutschland*

Nach dem Ansteigen der Staatsverschuldung in den siebziger und achtziger Jahren in Westeuropa war zweifellos eine Kurskorrektur erforderlich. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass kein Akt kollektiver Verschwendungssucht die höheren Defizite verursachte. Vielmehr waren sie Folge schwächeren Wachstums, höherer Arbeitslosigkeit und struktureller Probleme im Ausgabenbereich, verschärft durch eine Geldpolitik, die jahrelang die Zinsen höher als das nominelle Wachstum hielt.

*Kurskorrektur
erforderlich*

Verständlich ist es auch, dass gerade vor dem Start einer Währungsunion Kriterien formuliert wurden, die das Vertrauen der Anleger in den Euro fördern und den Abschied von der nationalen Hartwährung erleichtern sollten. Auch nicht übersehen werden darf, dass der geradezu sportliche Ehrgeiz, mit dem die Teilnahme an der Währungsunion angestrebt wurde, vor allem in südeuropäischen Ländern einen positiven Reformschub auslöste. Grundsätzlich war also nichts dagegen einzuwenden, dass Mindeststandards für Preisstabilität, Zinshöhe, Neuverschuldung und Verschuldungsgrad eingeführt wurden. Bis zu einem gewissen Grad ersetzten diese Kriterien die in einer Währungsunion nötige enge Abstimmung der nationalen wirtschaftspolitischen Konzepte.

*Vertrauen der
Anleger in
den EURO*

Zu Recht wurde allerdings kritisiert, dass diese Kriterien außerordentlich einseitig seien, etwa Wachstum und Be-

*einseitige
Kriterien*

<i>Beschäftigungsgipfel dienten eher der Beruhigung</i>	schäftigung vollständig aus dem Fokus der europäischen Politik verschwinde. Nur halbherzig war die Reaktion auf diese Kritik. Beschäftigungsgipfel dienten eher der Beruhigung der Öffentlichkeit, als sie tatsächlich wirksam wurden, im Übrigen wurde Beschäftigungspolitik als ausschließlich nationale Domäne definiert. Auf europäischer Ebene wird wohl ein Teil der strukturpolitischen Fragen bestimmt und abgestimmt, beispielsweise auf dem Gebiet der Wettbewerbspolitik gehen die Initiativen und Vorschriften so weit, dass auch eindeutig binnenorientierte Wirtschaftszweige – wie etwa der Personennahverkehr – von den umfassenden Liberalisierungsbestrebungen der Kommission nicht verschont bleiben. Konjunkturpolitik wird aber im Wesentlichen auf ermunternde Zurufe aus Brüssel beschränkt.
<i>konjunkturpolitische Abstimmung notwendig</i>	Dass auch eine konjunkturpolitische Abstimmung notwendig wäre, sollte außer Frage stehen. Ebenso ist klar, dass die institutionellen Voraussetzungen dafür fehlen. Der einzigen festgefügt wirtschaftspolitisch aktiven Institution, der Europäischen Zentralbank, hat man ausschließlich eine Zielsetzung vorgegeben – Preisstabilität. Unbestritten bleibt, dass die wichtigste Aufgabe einer Notenbank ist, in erster Linie auf Stabilität zu achten. Der Glaubwürdigkeit der Federal Reserve tat es allerdings keinen Abbruch, dass auch Wachstum und Beschäftigung als Stabilitätsbedingungen in ihrem Zielkatalog aufscheinen. Die immer restriktivere Auslegung des Wachstums- und Stabilitätspaktes durch den Rat der Finanzminister und die Kommission, in der für die erste Zielsetzung – das Wachstum – kaum Raum bleibt, hat die Glaubwürdigkeit der europäischen Politik beeinträchtigt. Allzu klar wurde, dass dieser Pakt nur bei Schönwetter hält, niemand kann aber die Frage beantworten, wer eine Politik der Rezessionsbekämpfung in Europa formuliert, noch weniger, wer sie durchsetzt. Damit bleibt auch die Frage der Stabilitätssicherung unbeantwortet, versteht man sie als gesamtwirtschaftliche und nicht bloß als eine des Binnenwerts der Währung. Die Märkte haben darauf auch reagiert: mit einem deutlich geringeren Vertrauen in die gemeinsame Währung, den Euro. Angesichts der hohen
<i>auch Wachstum und Beschäftigung</i>	
<i>die Märkte haben reagiert</i>	

außenwirtschaftlichen Defizite der USA wäre eher eine Abwertung der amerikanischen als der europäischen Währung zu erwarten gewesen. Ein nicht zu unterschätzender Faktor für die bisherige Entwicklung mag darin liegen, dass Europa den Märkten eben die Antwort schuldig blieb und bleibt, wer den Schirm aufspannt, wenn die ersten Wolken am wirtschaftlichen Horizont aufziehen.

Auf nationaler Ebene weist man darauf hin, dass Konjunkturpolitik im Alleingang wenig wirksam ist, auf Ebene der Union findet sie nicht statt. Man hätte zwar genügend gemeinschaftlich zu finanzierende Projekte, wie etwa die transeuropäischen Netze, aber kein Instrument für deren Finanzierung. Die wohl unsinnigste Diskussion – die Debatte um die Nettozahlungen – steht im Vordergrund der Auseinandersetzung zwischen den Finanzministern und der Kommission. Sie lässt alle expansiven Pläne der Union scheitern, zuletzt droht sie sogar die Erweiterung der EU zu gefährden.

*Alleingang
wenig wirksam*

Unsinnig ist die Diskussion wie etwa jene um den österreichischen Finanzausgleich, in der so mancher Finanzreferent all seinen Ehrgeiz darein setzt, so viel herauszubekommen, wie sein jeweiliges Bundesland – fiktiv oder real – eingezahlt hat. Ein Ausgleichssystem besteht aber per definitionem darin, Unterschiede abzumildern, wobei es keineswegs um ein Null-Summen-Spiel geht, in dem der Zahler auch draufzahlt. Geht es doch um Entwicklung von Kaufkraft, Märkten, gemeinschaftlich höheres Wachstum, gemeinschaftlich gesteigerten Wohlstand. Streiten kann man darüber, ob die Ausgleichsregeln noch stimmen. Gegenüber den Beitrittskandidaten werden diese Regeln ohnehin neu formuliert, sie hätten daher am ehesten das Recht sich über den Ausgleichsmechanismus aufzuregen – und tun dies auch.

*Ehrgeiz der
Finanzreferenten*

*Regeln neu
formuliert*

Insgesamt verstärkt sich der Eindruck, dass, soweit wirtschaftliche Kompetenz den Akteuren unterstellt werden kann, es im Wesentlichen betriebswirtschaftliche Kompetenz ist. Tatsächlich führt ja die Verwendung des Begriffs „Öffentlicher

Haushalt“ in breitesten Kreisen zum Analogieschluss, dass die für den Haushalt Verantwortlichen gefälligst die jeweiligen Ausgaben an die jeweiligen Einnahmen anzupassen haben, wenn sie durch Anlegen von Ersparnissen ein Übriges tun, umso besser. Und wenn die Einnahmen zurückgehen, müssen eben die Ausgaben an dieses niedrigere Niveau angepasst werden. Betriebswirtschaftlich Orientierte wissen, dass zumindest die Investitionen nicht dieser einfachen Gesetzmäßigkeit folgen. Ausgaben für Straßen, Spitäler, Schulen etc. seien aus dieser Regel auszunehmen, führt doch die Kameeralistik dazu, dass viele Jahre zur Verfügung stehende Güter schon im Jahr der Anschaffung abgeschrieben werden. Während der Jahresabschluss eines Unternehmens – bestimmten Konventionen folgend – einen Überblick über Vermögen und Erfolg geben soll, gibt das Budget – nach kameeralistischen Grundsätzen erstellt – nur ein eingeschränkteres Bild von der Lage des Gemeinwesens wieder. Auch das Unternehmen handelt rational, wenn es, wie der private Haushalt, prozyklisch reagiert. Bei Abschwächung des Wirtschaftswachstums wird jeder verantwortungsvolle Unternehmer prüfen, ob nicht angesichts niedrigerer Nachfrage Investitionen zurückgestellt werden sollen. Der derzeit in Europa stattfindende Übergang auf Rechnungslegungsvorschriften, die „wirklichkeitsnäher“, das heißt im Wesentlichen ausschüttungsfreundlicher und weniger auf die Bildung von Reserven gerichtet sind, verstärkt diese prozyklische Tendenz in Richtung hire and fire.

Die durchaus einzelwirtschaftlich rationalen Entscheidungen auf der Ebene der privaten Haushalte und der Unternehmen führen natürlich dazu, dass bereits wirksame Abschwächungstendenzen noch verstärkt werden. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene kommen dadurch die so genannten automatischen Stabilisatoren zur Wirkung: Geringeres wirtschaftliches Wachstum führt zu geringeren Unternehmensgewinnen, damit auch zu geringeren Unternehmenssteuern, geringere Beschäftigung zu geringerer Lohnsteuer, geringerer Konsum zu geringeren Verbrauchsabgaben. Gleichzeitig steigt aber das Ausgabenniveau, beispielsweise durch erhöhte Ausgaben für

Investitionen folgen nicht dieser einfachen Gesetzmäßigkeit

nach kameeralistischen Grundsätzen erstellt

Übergang auf neue Rechnungslegungsvorschriften

automatische Stabilisatoren

eine höhere Zahl von Arbeitslosen. Natürlich verschlechtert sich damit der Budgetsaldo, entsteht ein Defizit. Automatische Stabilisatoren trotzdem wirken zu lassen ist aber durchaus gesamtwirtschaftlich rational, geht es doch darum, die negativen Effekte der vielen einzelwirtschaftlichen Entscheidungen zumindest teilweise auszugleichen. Um noch ein Übriges zu tun, könnten öffentliche Investitionen vorgezogen, könnte die Geldpolitik unterstützend, sprich: zinssenkend eingesetzt werden.

gesamtwirtschaftlich rational

Davon war allerdings auf europäischer Ebene kaum die Rede. Nach wie vor blickt man gebannt auf die Vereinigten Staaten, jeder Konjunkturindikator wird genau registriert, sehnsüchtig darauf gewartet, dass die amerikanische Konjunkturlokomotive wieder unter Dampf steht, sich anschickt, die europäischen Waggons via Exportnachfrage anzuschieben. Dabei hat man noch vor kurzem die Bildung der Wirtschafts- und Währungsunion damit begründet, dass damit ein Markt von der Größenordnung des amerikanischen entstehen werde, dass die weltwirtschaftliche Abhängigkeit aufgrund des hohen Anteils der Leistungen und Lieferungen im Binnenmarkt deutlich verringert werde.

jeder Konjunkturindikator wird genau registriert

Österreich entwickelt den Ehrgeiz, diesen Tiefstand der wirtschaftspolitischen Diskussion Europas noch zu unterbieten. Wenn der Klubobmann einer Regierungspartei den Abtausch von EU-Erweiterung durch eine Steuerreform vorschlägt, dürfte dies nur schwer zu unterbieten sein, selbst wenn dem eine Ankündigung des Bundeskanzlers vorangegangen ist, die Abgabenquote innerhalb dieses Jahrzehnts auf unter 40 Prozent zu senken. Ja sagt dem guten Mann niemand, dass selbst unter günstigen Wachstumsannahmen ein jährliches Sparpaket in Milliardenhöhe (Euro) den österreichischen Bürger erwartet? Und schließlich kann man vieles in eine Verfassung hineinschreiben, die Idee, ein ausgeglichenes Budget dem Grundrechtskatalog anzufügen, ist nicht neu, mit dem Alter aber nicht besser geworden. Sie ist vielmehr Wasser auf die Mühlen jener, die selbst den automatischen

Tiefstand der wirtschaftspolitischen Diskussion

Stabilisatoren entgegenwirken wollen, den Fundamentalisten der Null-Lösung.

*Ausgliederung
und
Privatisierung
kritisiert*

Dabei gäbe es einigen budgetpolitischen Diskussionsstoff. Österreichische Juristen, allen voran der Präsident des Rechnungshofes, haben vor kurzem die Ausgliederung, die Privatisierung allzu vieler öffentlicher Aufgaben kritisiert. Ein Teil dieser Ausgliederungen erfolgt offenbar, um die Verantwortung für unangenehme Entscheidungen abzuwälzen. Aus budgetpolitischer Sicht ist es die Abwälzung finanzieller Lasten, die so manche Ausgliederung diskussionswürdig macht. Unter dem Druck des Nulldefizits sind solche Ausgliederungen in großer Zahl sowohl im Bund als auch den Ländern und den Gemeinden erfolgt. Eine der Konsequenzen wird sein, dass die tatsächliche Lage der öffentlichen Haushalte noch schwerer einschätzbar sein wird als bisher. Kurzfristig mindern diese Ausgliederungen die negativen Folgen des derzeitigen Budgetkurses ab, sind doch viele Einsparungen nur solche unter Anführungszeichen. Mit Augenzwinkern werden sie in Institutionen abgeschoben, deren Gebarung nicht mehr in den jeweiligen Budgets aufscheint, Schulden und Abgänge werden so aus den öffentlichen Haushalten verlagert, aber beileibe nicht beseitigt.

*tatsächliche
Lage der
öffentlichen
Haushalte*

*„Mehr privat und
weniger Staat“*

Natürlich holt einen diese Politik wieder ein, aber dann trifft es die Nachfolgerregierung oder gar deren Nachfolger. Kumulierte Probleme können dann nur mehr unter Verzicht auf bisherige öffentliche Leistungen gelöst werden, in manchen Fällen durch Verkauf öffentlicher Institutionen an Private oder deren gänzliche oder teilweise Schließung. Dies ist allerdings für die derzeit Verantwortlichen offenbar kein Schreckgespenst. Man sollte nämlich die Ankündigung Schüssels, die Abgabenquote auf unter 40 Prozent innerhalb dieses Jahrzehnts senken zu wollen, ernster nehmen, als sie gemeint war. War er doch der Trommler des „Mehr privat und weniger Staat“, war er es doch, der einst mit der absurden Aussage hausieren ging, dass die Österreicher bis tief in den Juni hinein für den Staat und erst in der zweiten Jahreshälfte für

sich selbst arbeiteten. Auf diese Weise wurde der Unsinn verbreitet, dass staatliche Investitionen und staatlicher Konsum, dass öffentliche Transfers und Zinszahlungen in ein tiefes Loch fielen und nicht Einkommen von Bürgern darstellten. In diesem Fall ist der Autor selbst vom eigenen Slogan eingeholt worden. Seiner Logik folgend müsste man heute feststellen: Noch unter keiner Regierung mussten die Österreicher so viel für den Staat und durften so wenig für sich selbst arbeiten. So ist das, bei uns in Absurdistan. Trotzdem: die Ankündigung, so unseriös sie ist, so ernst sollte man sie nehmen.

die Ankündigung sollte man ernst nehmen

Im Zuge der Diskussion um eine mit dem Ziel des Nulldefizits unfinanzierbare Steuerreform hat nämlich der Finanzminister, sekundiert vom Budgetsprecher der ÖVP, erstmals deutlich den Abtausch niedrigerer Steuersätze gegen die Aufgabe oder Einschränkung öffentlicher Leistungen angeboten, nach dem Motto: Der mündige Bürger soll entscheiden – will er entlastet werden oder will er mehr Geld für die Sozialchmarotzer. Das scheint die Richtungswahl zu sein, die zumindest diesen Herren vorschwebt.

Nicht zu Unrecht haben jene vor dieser Entwicklung gewarnt, die das Sozialvolksbegehren eingeleitet haben. Tendenzen der Entsolidarisierung in reichen Gesellschaften wie der unseren sind unübersehbar. Mit wenig differenzierten Diskussionen über die so genannte Treffsicherheit von Sozialleistungen und über Missbrauch des Sozialsystems wurde eine solche Tendenz nicht abgefangen, sondern nur verstärkt. Insofern ist die Diskussion um die öffentlichen Haushalte nicht nur eine um den jährlichen Abgang, um die eine oder andere Art, Staatsfunktionen zu erfüllen. Es geht offenbar um mehr.

vor dieser Entwicklung wurde gewarnt

mehr als Diskussion um den jährlichen Abgang

Die Verabsolutierung des Nulldefizits nimmt der Regierung jegliche Verantwortung für die konjunkturelle Entwicklung, für Wachstum und Beschäftigung, unter Hinweis auf Globalisierung wird nationaler wirtschafts- und sozialpolitischer Spielraum negiert. Mittelfristig aber geht es ans Eingemachte.

- Ausgaben haben positive Wirkung auf die Verteilung* Die Berichte des Wirtschaftsforschungsinstituts über Verteilungswirkungen öffentlicher Haushalte haben – wenig überraschend – ausgewiesen, dass es vor allem die Ausgaben sind, von denen positive Wirkungen auf die Verteilung, um klarzustellen: von oben nach unten, ausgehen.
- die Ungeduld wächst* Diese Regierung hat eine Budgetkonsolidierung im Wesentlichen durch Erhöhung der Staatseinnahmen erreicht. Sie hat dies in überraschend hohem Ausmaß auch durch Belastung jener Gruppen zustande gebracht, die sich durch diese Regierung gut vertreten glaubten, die eine „Wende“ herbeisehnten. Deren Ungeduld wächst, wie der Kampagne zur Senkung der Lohnnebenkosten unschwer entnommen werden kann. Auch geht es darum, die durch Belastungen von Beziehern niedrigerer Einkommen entstandenen Loyalitätsverluste durch Steuerensenkungen in Grenzen zu halten. In diesem Dilemma droht das Nulldefizit als Eintagsfliege zu verbleichen.
- Weichen anders stellen* Will die Regierung sich diesem Dilemma entziehen, muss sie die Weichen anders stellen als in der soap opera. Die Reichen und Schönen, die wirklich Anständigen und Tüchtigen sind nicht angewiesen auf Solidarität, auf Gemeinschaftsleistungen, auf den Sozialstaat. Und wer möchte nicht zu diesen zählen? Man ist zwar gut und redet darüber, aber nur Gutmenschen glauben, dass Umverteilung erstens notwendig ist und zweitens vor allem über Steuerleistungen und Sozialbeiträge stattfinden sollte.
- es wird Zeit* Es wird Zeit die bisher geführte Diskussion um Treffsicherheit und Missbrauch zu bereichern, etwa um Treffsicherheit von Unternehmensförderungen, um Mitnahmeeffekte von Subventionen im Agrarsystem, um den Missbrauch von Steuer- und Abgabesystemen, um die Nutzung der Sozialversicherungssysteme zur Kostenminimierung durch Beförderung frühzeitiger Pensionierung oder Kündigung im Krankheitsfall. Es wird Zeit für den Hinweis, dass nachhaltiges Wirtschaften nicht nur Schonung bestimmter natürlicher Ressourcen voraussetzt, sondern auch das Gefühl einer breiten Mehrheit von Men-

schen, dass der Ertrag ihrer Arbeit einigermaßen gerecht verteilt wird. Daran müssen jene beizeiten erinnert werden, die in einer Welt der stock options, der road shows und der Glitzerwerbung groß geworden sind.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@ak-ooe.at
Internet: www.isw-linz.at